

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 30. März 2023

Dossier Nr 9181, «SRF News-Chat» vom 23. Februar 2023: «Ihre Fragen zum Ukraine-Krieg»

Sehr geehrter Herr X

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 23. Februar 2023, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

«Die genannte Sendung verstösst gegen folgendes:

- 1. Missachtung der Grundrechte und Menschenwürde*
- 2. Missachtung des Sachgerechtigkeitsgebots*
- 3. Missachtung des Vielfaltsgebots*

In meinen Augen sind Frau Tschirky und Herr Ramspeck ihrer Aufgabe nicht gewachsen oder sie verbreiten absichtlich Propaganda. Propaganda hat im SRF nichts verloren. Meine Begründungen stehen unten.

Frage: Warum gibt es nur die Lösung der Kriegsführung statt Friedensgespräche? Warum hat die schweizer Politik die absolute Neutralität ohne wenn und aber verloren? Geht es doch mehr um Geld und Profit zu Lasten von Menschen und Leichen?

Sebastian Ramspeck: Selenski hatte mal einen Friedensplan vorgestellt, aber Putin wollte den nicht. Putin seinerseits hat nie konkret und öffentlich einen Plan vorgestellt. In der Rede vorgestern sagte er, er wolle den Krieg weiterführen.

Beanstandung: Diese Antwort ist parteiisch und nicht korrekt. Im März 2022 gab es Verhandlungen die fast zu einem Waffenstillstand geführt hätten, nach meinen Informationen wurden die Verhandlungen durch die Ukraine abgebrochen. Friedensgespräche beginnen dort wo auf die Argumente der Gegenseite eingegangen wird. Bei SRF werden fast ausschliesslich die Argumente der Ukraine erwähnt. Zudem werden Russische Argumente als Propaganda oder ähnlich dargestellt. Daher gehe ich als Beispiel auf ein Argument Russlands ein. Der Vorwurf des Nazi-Regims in Kiev. War Hitler ein Nazi? War Bandera ein Nazi? Ist ein Hitler Sympatisant ein Nazi? Ist ein Bandera Sympatisant ein Nazi? Ich zum Beispiel beantworte alle vier Fragen mit JA! In der Kiever Regierung sind bis in die obersten Etagen Bandera Sympatisanten zu finden. Daher muss dieses Thema zumindest diskutiert werden! Das Sprachgesetz welches von der Ukrainischen Regierung beschlossen wurde geht in eine ähnliche Richtung wie Banderas Naziideologie. Beim Rückzug Russischer Truppen aus Cherson und Charkiv flüchteten Ukrainische Bürger vor der eigenen Regierung und die, die nicht flüchteten wurden zum teil an den Pranger gestellt und Strafrechtlich verfolgt. Logisch hat durch den Krieg die Spannungen in der Ukraine zwischen Westlich- und Östlichorientierten Bürgern zugenommen. Aber in der Ukraine leben Menschen die nach Russischer Tradition lebten und weiter nach Russischer Tradition leben wollen und dazu habe ich noch nicht ein Vorschlag aus Kiev gehört wie mit diesen Menschen umgegangen werden soll. Müssen die sich anpassen oder flüchten bei einem Russischen Rückzug?!?!?

Frage: Weshalb haben sich Europa und Amerika nicht mit allen mitteln für die einhaltung der minsker abkommen eingesetzt. Die Ukraine hat ja offensichtlich kein interesse an der umsetzung gehabt, so sehe ich das. Denn mit der einhaltung der Minsker abkommen, wäre es nie zum krieg gekommen.

Luzia Tschirky: Russland hat die Minsker Abkommen mit Beginn des Angriffskrieges obsolet gemacht

Beanstandung: Eine SRF- Korrespondentin für die Region Russland und die ehemalige UDSSR die eine Solche Antwort gibt gehört sofort entlassen. Sie kennen die Äusserungen Merkels, sie kennen auch die Argumentation Russland auf die Äusserungen Merkels. Die Minsker Abkommen hatten das Ziel einer Friedlichen Lösung im Donbasskonflikt! Und wenn das Abkommen missachtet wird ist die logische Konsequenz eine Eskalation.

Frage: Betreffend das unten erwähnte Budapest Memorandum 1994. Herr Ramspecks' Antwort ist leider unvollständig: Die USA haben sich hier ebenfalls verpflichtet, auf die Ukraine «keinen wirtschaftlichen Zwang auszuüben der darauf zielt, sich Vorteile zu sichern, indem die Ausübung der souveränen Rechte der Ukraine den eigenen Interessen untergeordnet wird.» Dies wurde durch den 5 Mia USD finanzierten 2014 Maidan Coup und später die durch VP Biden veranlasste Entlassung von Generalstaatsanwalt Viktor Shokin gebrochen.

Sebastian Ramspeck: Die USA haben in der Ukraine Einfluss genommen, ja – Russland aber noch viel mehr (über die Geheimdienste usw.) und schon viel früher als 2014. Ich kenne persönlich Ukrainer, die 2014 auf dem Maidan dabei waren: Sie protestierten gegen ihre Regierung, sie waren nicht von den USA «finanziert». Und: Selbst wenn sich ein Land nicht an ein Abkommen hält, ist das völkerrechtlich nie ein Grund, einen Krieg zu starten.

Beanstandung: Das sind leere Behauptungen von Herr Ramspeck, die haben im SRF nichts verloren. Hier werden Leser komplett in die Irre geführt!

Frage: Guten Tag, Nichts rechtfertigt diesen grässlichen Krieg seitens Russlands.

Nichtsdestotrotz welche Fehler hat der Westen getan eurer Meinung nach?

Sebastian Ramspeck: 2008 hat der Westen der Ukraine vage irgendwann den Nato-Beitritt versprochen – doch Mitglied ist sie bis heute nicht. Vielleicht hätte man sie rasch aufnehmen müssen, dann hätte Putin keinen Angriff gewagt...? Andere finden, man hätte der Ukraine das nie versprechen dürfen, um Putin nicht zu provozieren... Aber hätte er deswegen die Ukraine wirklich nicht angegriffen...? Da bin ich mir nicht so sicher... Niemand weiss, was passiert wäre, wenn...

Beanstandung: Der Westen hat viele Fehler gemacht, diese Antwort ist absolut unbrauchbar und grösstenteils falsch.

Frage: Grüezi Zum Jahrestages des Ukrainekrieges frage ich mich, ob wir einfach abwarten müssen. Offenbar imponieren die getroffenen Sanktionen wenig. Wäre eventuell folgender Vorstoss in Erwägung zu ziehen ? Die westliche Allianz offeriert den Abbruch aller Sanktionen und bietet einen runden Tisch, um sämtliche wirtschaftlichen Verträge neu zu verhandeln. Falls Putin diesen Vorschlag begrüssen würde, wäre die Frage, was er im Gegenzug dafür anbieten würde. Wäre gespannt auf seine Reaktion.

Sebastian Ramspeck: Ich glaube nicht, dass es Putin in erster Linie um die Sanktionen, um die Wirtschaft geht. Es geht ihm um die Grösse Russlands, um die Zerstörung der Ukraine in ihrer bisherigen Form, um Sicherheitspolitik. Ich würde daher sehr viel Geld wetten, dass er als Dankeschön für ein Ende der Sanktionen keinen Rückzug seiner Truppen anbieten würde.

Beanstandung: Eine Voraussetzung um Fragen zu diesem Thema zu beantworten wäre mindestens seit Kriegsausbruch die Reden Putins gehört zu haben. Es geht Putin nicht um die grösse Russlands, auch nicht um die Zerstörung der Ukraine. Das sind reine Spekulationen die von Herr Ramspeck geäussert werden.

Frage: Wie beurteilen Sie den am 9 Februar 2023 veröffentlichten Bericht, des mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Investigativ Journalisten Seymour Hersh, betreffend der Sprengung der Nordstream Pipelines, und wie erklären Sie sich, dass darüber in grösseren Medien kaum berichtet wird?

Sebastian Ramspeck: Der Bericht bezieht sich auf eine anonyme Quelle und ich kann daher nicht beurteilen, ob die Information zutrifft oder nicht. Könnte sein, könnte aber sehr gut auch nicht sein. Jeder Bericht dieser Art sollte man sehr vorsichtig beurteilen. Ich habe mich nie an Spekulationen über Nord Stream II beteiligt, das wäre meines Erachtens nicht seriös.

Beanstandung: Interessant, wenn es um Anschuldigungen gegen die USA geht hält sich Herr Ramspeck mit Spekulationen zurück. Wieviele spekulative Aussagen gegen Russland sind in den Antworten zu finden?

Frage: Wenn man etwas positives aus diesem Krieg ziehen kann, stelle ich fest, dass die Ukraine als Nation mehr und mehr zu einer Einheit wird. Dies war ja in der Vergangenheit nicht immer so und der Osten und der Westen der Ukraine waren wie eine Art Parallel-

Welten. Können Sie einige Anekdoten erzählen, wie diese wachsende Einheit als Nation Ukraine ersichtlich ist im Austausch mit den Menschen vor Ort.

Luzia Tschirky: In der Tat hat der Krieg grosse Teile der Bevölkerung in der Ukraine einander näher gebracht. So habe ich persönlich beispielsweise erlebt, dass sehr viele Menschen mit Muttersprache Russisch begonnen haben ausschliesslich Ukrainisch zu sprechen.

Beanstandung: Ukrainer flüchten vor der eigenen Regierung. Die Ukrainer müssen sich grösstenteils zwischen zwei Seiten entscheiden. Die Spaltung ist viel grösser geworden müsste hier stehen.»

Wir haben Ihre Kritik **der Redaktion** zur Stellungnahme zugestellt. Sie schreibt Folgendes:

News-Chat

Im Chat auf SRF News beantworten die beiden Korrespondenten Luzia Tschirky und Sebastian Ramspeck Fragen der Userinnen und User zum Krieg in der Ukraine, ein Jahr nach Beginn der Invasion russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022. Luzia Tschirky (Korrespondentin für Russland und weitere Länder der ehemaligen UdSSR) und Sebastian Ramspeck (langjähriger Korrespondent in Brüssel bei der EU und Nato und jetzt Korrespondent für internationale Fragen) sind ausgewiesene Kenner.

Ihre Berichte und Einschätzungen zum Ukraine-Krieg werden nicht nur vom Publikum sehr geschätzt; ihre journalistische Arbeit stützt sich auf fundierte Analysen und Gespräche mit verschiedensten Personen aller Seiten.

SRF weist die pauschale Beurteilung durch den Beanstander ("In meinen Augen sind Frau Tschirky und Herr Ramspeck ihrer Aufgabe nicht gewachsen") in aller Form zurück. Gleiches gilt für den Vorwurf, die beiden Korrespondenten würden "absichtlich Propaganda verbreiten. Auf die Forderung des Beanstanders ("Eine SRF-Korrespondentin..., die eine solche Antwort gibt, gehört sofort entlassen") geht SRF nicht weiter ein.

Der News-Chat ist als Dialog zwischen Userinnen und Usern einerseits und den beiden Korrespondenten angelegt. Gefragt wird nach den persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen der beiden Korrespondenten. Diese Funktion des Chats ist dem Publikum bewusst. Alle Antworten sind als persönliche Einschätzungen erkennbar.

Menschenwürde und Grundrechte

Im ganzen Chat kann SRF nirgends eine Verletzung der Grundrechte und der Menschenwürde erkennen, wie dies der Beanstander gleich zu Beginn vorwirft. Basis des Zusammenlebens von Menschen und Nationen ist die Charta der Vereinten Nationen, die von allen Staaten unterzeichnet wurde. Ihre universellen Ziele und Grundsätze bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft, zu der sich alle inzwischen 193 Mitgliedstaaten bekennen.

<https://unric.org/de/charta/>

In Artikel 1 und 2 werden die Ziele festgeschrieben. Etwa die Verpflichtung Konflikte und Streitigkeiten "durch friedliche Mittel" zu bereinigen oder beizulegen (Art. 1, Abs 1). Verankert ist die "souveräne Gleichheit aller ihrer Mitglieder" (Art. 2, Abs. 1). Festgeschrieben ist auch die "territoriale Unversehrtheit" eines jeden Staates und die Unterlassung von Androhung oder Anwendung von Gewalt (Art, 2, Abs. 4).

Die journalistische Arbeit von SRF basiert auf diesen Grundsätzen des Völkerrechtes.

Gespräche

Auf die Frage nach Alternativen zum Krieg und damit zu Friedensgesprächen weist Sebastian Ramspeck darauf hin, dass Präsident Selenski mal einen Friedensplan vorgestellt habe, Präsident Putin habe nie konkret und öffentlich einen Plan vorgelegt. Der Beanstander erwähnt, dass im März 2022 Gespräche stattgefunden hätten, die aber von der Ukraine abgebrochen wurden.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die umfangreiche Analyse von Sabine Fischer, Senior Follower in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik. Darin wird ausgeführt, dass im Minsker Format in den Jahren 2014 und 2015 Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Donbas geführt wurden, nicht aber über die Krim, weil Russland nach der Annexion der Halbinsel solche grundsätzlich ablehnte.

Die Minsker Vereinbarungen regelten die Bedingungen für eine Feuerpause und skizzierten Schritte zu einer politischen Lösung des Konflikts. Alle Beteiligten, einschliesslich Russland, anerkannten die besetzten Gebiete im Donbass als Teile des ukrainischen Staatsterritoriums an. Es ging um Autonomierechte für die Gebiete im Donbas. Dieser Prozess kam nie richtig auf den Weg, wobei beide Seiten mit ihren Forderungen zu einer Blockade beitrugen.

Mit der Abgabe von russischen Pässen (Einbürgerung) in den Gebieten des Donbas versties die russische Regierung gegen den Geist der Abkommen von Minsk. Angesichts der steigenden Spannungen und der militärischen Aufrüstungen im Grenzgebiet in den Jahren 2021 und 2022 (Januar und Februar) intensivierten sich die diplomatischen Bemühungen auf höchster Ebene (Telefonate mit Präsident Putin und persönliche Gespräche in Moskau).

Mit der Anerkennung der beiden "Volksrepubliken Donezk und Luhansk" am 21. Februar und dem Beginn des grossflächigen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 machte die russische Regierung die bestehenden Verhandlungsformate obsolet. Die Frage, weshalb sich Europa und die USA nicht mit allen Mitteln für die Einhaltung des Minsker Abkommens eingesetzt haben, unterstellt, dass das Scheitern einseitig der Ukraine angelastet werden kann. Wie oben dargelegt, haben beide Seiten die Umsetzung behindert. Wie oben auch dargelegt, hat Russland die Grundlage des Dialogs (Territoriale Integrität der Ukraine im Gegenzug zu weitgehenden Autonomierechten - unter Ausklammerung der Krimthematik) mit der Abgabe der russischen Staatsbürgerschaft, mit der Anerkennung der "Volksrepubliken" sowie mit dem militärischen Angriff am 24. Februar zerstört. Die Antwort von Luzia Tschirky, Russland habe das Minsker Abkommen "obsolet gemacht", ist sachlich belegt.

Auch nach dem Grossangriff am 24. Februar haben verschiedenste Gespräche, direkte und indirekte stattgefunden. Bekannt ist etwa, dass der damalige israelische Premierminister Naftali Bennett im März 22 entsprechende Gespräche mit dem Ziel einer Waffenstillstandsvereinbarung; über den Inhalt dieser Gespräche, etwa die Bedingungen für einen Waffenstillstand, ist nichts bekannt. Etwa zur gleichen Zeit verhandelten übrigens ukrainische und russische Delegationen in Belarus miteinander.

Zeitgleich mit dem Überfall auf die Ukraine verkündete die russische Seite ihre "Verhandlungsbereitschaft". Ihre Bedingungen kamen aber letztlich einer Kapitulation und einer Selbstauflösung des ukrainischen Staates gleich: Die Ukraine müsse die Waffen niederlegen, ihre Nato-Beitrittsambitionen aufgeben, dauerhaft neutral bleiben, die Krim als russisch und die "Volksrepubliken Luhansk und Donezk als unabhängig anerkennen, sich zu "entnazifizieren" und zu "entmilitarisieren" - und damit einem Regime-Wechsel im Sinne Moskaus zuzustimmen.

Wenn der Beanstander schreibt, dass Friedensgespräche dort beginnen, wo auf die Argumente der Gegenseite eingegangen wird, so ist dem zuzustimmen. Voraussetzungen für wirkliche Friedensgespräche sind aber zentral die Einhaltung des Völkerrechtes, samt der Wahrung der territorialen Integrität gemäss UNO-Charta.

Die Gespräche in Istanbul im März 22 scheiterten daran, weil die Vorstellungen über und die Vorbedingungen für eine friedliche Beilegung sehr weit auseinander lagen.

Einfluss der USA

Bezüglich der Frage zu den Einwirkungen der USA auf die Ukraine verweist der Beanstander auf das Budapester Memorandum.

Das Budapester Memorandum umfasst drei Vereinbarungen, die am 5. Dezember 1994 in Budapest im Rahmen der dort stattfindenden KSZE-Konferenz unterzeichnet wurden. In den Vereinbarungen gaben Russland, das Vereinigte Königreich und die USA gemeinsam Kasachstan, Belarus und der Ukraine Sicherheitsgarantien in Verbindung mit deren Beitritt zum Atomsperrvertrag und als Gegenleistung für die Beseitigung aller Nuklearwaffen auf ihrem Territorium. In den Vereinbarungen werden insbesondere bereits zuvor bestehende Verpflichtungen nochmals klargestellt und bekräftigt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Budapester_Memorandum

Zentraler Inhalt des Abkommens sind einerseits der Verzicht der Ukraine auf die auf ihrem Gebiet stationierten Atomwaffen der ehemaligen UdSSR und die Übergabe dieser Atomwaffen an Russland und andererseits die Garantie der territorialen Souveränität der Ukraine. Im Memorandum ist auch die Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten festgehalten, wirtschaftlichen Zwang zu unterlassen, der die Souveränität der Ukraine beeinträchtigen und den eigenen Interessen unterzuordnen. (to refrain from economic coercion designed to subordinate to their own interest[the exercise by Ukraine of the rights inherent in its sovereignty and thus to secure advantages of any kind").

Sebastian Ramspeck beantwortet die Frage nach dem wirtschaftlichen Einfluss wie folgt: Die USA haben in der Ukraine Einfluss genommen, ja – Russland aber noch viel mehr (über die Geheimdienste usw.) und schon viel früher als 2014. Ich kenne persönlich Ukrainer, die 2014 auf dem Maidan dabei waren: Sie protestierten gegen ihre Regierung, sie waren nicht von den USA «finanziert».

Die Antwort ist ausgewogen, da Sebastian Ramspeck auf Einflussnahmen beider Grossmächte auf die Ukraine verweist.

“Nazi-Regime”

Der Beanstander nimmt in seiner Eingabe den “Nazi-Vorwurf”, der von Seiten Russlands zur Begründung des Angriffs angeführt wird auf. Er führt dabei als Beleg den nationalistischen ukrainischen Politiker Stepan Bandera (1909 – 1959) an, der nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1941 in die Sowjetunion mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hat, und der in gewissen Kreisen der ukrainischen Bevölkerung wegen seines Einstehens für eine unabhängige Ukraine auch heute Sympathien geniesst.

Relevant für die Beurteilung des “Nazi-Vorwurfs” sind aber die realen Verhältnisse, wie sie sich nach den demokratischen Parlamentswahlen vom 21. Juli 2019 präsentierten:

Die Partei des ukrainischen Präsidenten “Sluha narodu” konnte mit etwa 43 Prozent der abgegebenen Stimmen sowie mit 130 Direktmandaten die absolute Mehrheit an Mandaten in der neuen Werchowna Rada erringen. Somit kann “Sluha narodu,” als erste Partei in der unabhängigen Ukraine überhaupt, eine Regierung ohne Beteiligung anderer Parteien bilden. Insgesamt überwand fünf Parteien die 5-Prozent-Hürde, die zum Einzug ins Parlament erforderlich ist. Obwohl sich sämtliche rechtsextremistischen Parteien unter dem Namen “Swoboda” vereint hatten, sank deren Anteil um 4,3 Prozentpunkte, beziehungsweise schrumpfte von knapp über einer Million Stimmen auf nur noch 315.530 Stimmen, respektive einen Wähleranteil von 2,40 Prozent.

https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_der_Ukraine_2019

Flüchtlinge

Der Beanstander erwähnt auch die Flüchtlingssituation; viele Menschen seien vor den vorrückenden ukrainischen Truppen in Charkiw und Cherson nach Russland geflohen. Korrespondentin Luzia Tschirky hat aber persönlich erlebt, “dass sehr viele Menschen mit Muttersprache Russisch begonnen haben, ausschliesslich Ukrainisch zu sprechen.” Sie beobachtet angesichts des Krieges ein Zusammenrücken der Menschen in der Ukraine.

Es ist richtig, es sind Menschen nach Russland geflohen. Allerdings ist diese Zahl gering im Vergleich zu den Flüchtlingen, die sich in Richtung westliche Staaten aufgemacht haben. Auch die Mehrheit der Binnenflüchtlinge innerhalb der Ukraine stammen aus dem Osten (siehe Dossier Statistiken Kriegsflüchtlinge).

<https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>

Die meisten der 2,8 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, die nach Russland ausgereist sind, haben dies nicht freiwillig getan, sondern wurden zur Ausreise nach Russland gezwungen, da keine anderen Fluchtmöglichkeiten offenstanden. Luzia Tschirky hat im Juni 2022 ukrainische Flüchtlinge in Russland interviewt, die sich auf der Durchreise nach Europa in Russland befanden. Diese Menschen stammen grösstenteils aus der ukrainischen Hafenstadt Mariupol und den Regionen Donezk und Luhansk. Vor der Einreise nach Russland müssen die Ukrainerinnen und Ukrainer durch sogenannte "Filtrationslager". Dort wird überprüft, ob die Menschen Kontakte zur ukrainischen Armee haben, oder aus russischer Sicht "pro-ukrainisch" eingestellt sind. Beides kann die Inhaftierung in ein russisches Gefängnis zur Folge haben. Auch hierzu hat Luzia Tschirky einen Mann aus Mariupol interviewt, der aus einem Filtrationslager in ein russisches Gefängnis überführt wurde und mehr als 100 Tage unter schrecklichsten Bedingungen gefangen war. Es ist unklar, wie viele Ukrainerinnen und Ukrainer Russland wieder verlassen haben. Die Zahl von 2.8 Millionen Menschen ist mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht korrekt. Ob eine Weiterreise nach Europa gelingt, ist sehr stark von den finanziellen Möglichkeiten der jeweiligen Personen abhängig, denn die meisten von ihnen erhalten keine Unterstützung vom russischen Staat und sind abhängig von Freiwilligenorganisationen in Russland.

<https://www.srf.ch/play/tv/redirect/detail/5bf551cb-8c77-42e5-b189-58dc423ac2dc>
<https://www.srf.ch/play/tv/redirect/detail/0e3f9a25-47b4-4da0-9f71-a6000b4d6194>

Auch die Organisation Human Rights Watch berichtet über erzwungene Ausreisen nach Russland.

<https://www.hrw.org/news/2022/09/01/forcible-transfer-ukrainians-russia>

Die Schlussfolgerung des Beanstanders, Ukrainerinnen und Ukrainer müssten vor der eigenen Armee fliehen, entspricht nicht den Fakten. Die russische Armee hat Mariupol belagert und die russische Regierung hat Fluchtkorridore auf Gebiete unter Kontrolle der ukrainischen Armee systematisch verhindert und die Menschen damit zur Flucht nach Russland gezwungen.

Nordstream

Ganz aktuell dreht sich eine Frage um die Recherchen von Seymour Hersh zu den Sprengungen der Gaspipelines Nordstream in der Ostsee. Sebastian Ramspeck äussert sich zurückhaltend und journalistisch korrekt. Er könne diese Enthüllungen nicht kommentieren oder den Wahrheitsgehalt beurteilen.

SRF hält sich bei diesen und anderen Spekulationen an folgende Grundsätze: Über Gerüchte und Spekulationen zu relevanten Ereignissen wird berichtet, unter klarer Quellenangabe.

Fazit

Die beiden Korrespondenten Luzia Tschirky und Sebastian Ramspeck haben ein Jahr nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine Fragen der Userinnen und User zum Krieg, zu seinen Hintergründen und zu den Perspektiven beantwortet. Sie haben dies aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen unaufgeregt und sachgerecht getan.

SRF kann in diesem Chat keine Missachtung des Sachgerechtigkeitsgebotes erkennen. Alle Aussagen stützen sich auf Fakten und bestätigte Einschätzungen durch Experten. In den Fällen, in denen die Fragen aus dem Publikum nicht eindeutig beantwortet werden können, machen die beiden Korrespondenten dies transparent.

Die Ombudsstelle hat sich den News-Chat ebenfalls angeschaut und sich mit Ihrer Kritik befasst:

Im «News-Chat» beantworten Fachleute und SRF-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Fragen zu aktuellen Themen. Am 23. Februar stellten sich Russland-Korrespondentin Luzia Tschirky und der internationale Korrespondent Sebastian Ramspeck Fragen zum Ukraine-Krieg.

Es ist eine Eigenheit des Formats «Chat», dass die Antworten kurz ausfallen und ein Aspekt/ein Thema nie in seiner ganzen Tragweite erläutert wird. Zudem sind die Antworten in einem «Chat» immer eine persönliche Einschätzung und ab und zu nicht primär eine Erklärung eines Sachverhaltes, sondern eine Entgegnung auf eine Meinung, die in einer Frage «verpackt» mitgeteilt wird. Ein Beispiel dafür ist die beanstandete Antwort von Luzia Tschirky *«Russland hat die Minsker Abkommen mit Beginn des Angriffskrieges obsolet gemacht»* auf die Frage *«Weshalb haben sich Europa und Amerika nicht mit allen Mitteln für die Einhaltung der Minsker Abkommen eingesetzt. Die Ukraine hat ja offensichtlich kein Interesse an der Umsetzung gehabt, so sehe ich das. Denn mit der Einhaltung der Minsker Abkommen wäre es nie zum Krieg gekommen.»* Die Fragestellerin oder der Fragesteller fragt nicht nach dem Inhalt der Minsker Abkommen oder nicht wer sie «zuerst» resp. «wie» oder «endgültig» gebrochen habe, sondern vertritt mit der Frage die Meinung, dass Europa und Amerika sowie die Ukraine für das Scheitern der Minsker Abkommen verantwortlich seien. Luzia Tschirky hätte in aller Ausführlichkeit die Minsker Abkommen und die Verstösse dagegen seit der Unterzeichnung am 12. Februar 2015 erläutern können. Sie verzichtete darauf und machte mit ihrer knappen Antwort klar, dass – egal wer, wann und wie oft Vereinbarungen nicht eingehalten hat – seit dem Beginn des Angriffskrieges die Minsker Abkommen definitiv nur noch Makulatur sind.

Insgesamt hat der Beanstander Antworten zu sieben Fragen kritisiert. Dabei kritisiert er sie teils als «persönliche Behauptung», «Spekulation» oder als «falsch»; die Begründungen dazu sind aber meist allgemein formuliert und geben der Ombudsstelle in diesen Fällen keine Hinweise auf eine inhaltliche Auseinandersetzung. Beanstandungen wie «das sind leere Behauptungen, die haben im SRF nichts verloren», «Leser werden in die Irre geführt», «diese Antwort ist unbrauchbar und grösstenteils falsch», «das sind reine Spekulationen» können die Ombudsleute ohne Begründung nicht seriös behandeln.

Es ist das gute Recht, eine andere Meinung zu vertreten und aus Ereignissen und der Geschichte andere Schlussfolgerungen zu ziehen; deswegen sind andere Meinungen und Schlussfolgerungen aber nicht automatisch nur Spekulationen und Behauptungen. Erst recht nicht, wenn sie mit Fakten hergeleitet werden. Und diese listet die Redaktion zu den beanstandeten Antworten ausführlich und nachvollziehbar auf.

So auch zur Kritik bezüglich der Antwort, Selenski habe mal einen Friedensplan vorgestellt, den Putin nicht wollte; Putin hingegen habe nie konkret und öffentlich einen Plan vorgestellt. Der Beanstander macht geltend, im März 2022 hätten Verhandlungen fast zu einem Waffenstillstand geführt, die Verhandlungen aber seien von der Ukraine abgebrochen worden, zudem erwähne SRF fast ausschliesslich nur Argumente der Ukraine.

Vermutlich meint der Beanstander die Verhandlungen in Istanbul am 29. März. Dabei stellte die Ukraine einen Waffenstillstandsentswurf zur Diskussion, dem die Russen nicht zustimmen konnten, enthielt er doch u.a. als Forderung den Abzug aller russischen Truppen hinter die Linien vom 23. Februar und der künftige Status der Krim sei «auszuhandeln». Weil beide Seiten auf ihren «Maximalforderungen» beharrten oder von ihnen nahestehenden Staaten dazu gedrängt wurden, scheiterten die Verhandlungen. Wenige Tage später, am 2. April wurde das Massaker von Butscha sichtbar. Darauf erklärte Selenski es für «schwierig», Gespräche weiterzuführen und Russland bekräftigte seine Haltung, der Donbas und die Krim seien unverhandelbar. Wer für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich ist, ist eine Frage der Perspektive. Dass SRF das Völkerrecht ins Zentrum stellt und die Formulierungen entsprechend ausrichtet, ist richtig und unterstützen wir Ombudsleute.

Einen Verstoss gegen Art. 4 des Radio- und Fernsehgesetzes stellen wir nicht fest.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz